

Brennpunkt 2012:

Israel, die Arabellion, Iran: Stille vor dem Sturm?

Quer durch das Jahr 2012 zog sich die Sorge um einen neuen Krieg im Mittleren Osten, mit Iran auf der einen, Israel auf der anderen Seite. Israels Premier, Benjamin Netanyahu, sprach immer wieder von einer tödlichen Bedrohung, die von Iran ausgehe – und von der Notwendigkeit, eine Atommacht Iran zu verhindern. Die Führung Teherans sei dabei, davon zeigte sich die israelische Regierung überzeugt, eine Atombombe zu entwickeln, und wenn Iran die Bombe hätte, würde der „Staat der Mullahs“ nicht zögern, diese Waffe gegen Israel einzusetzen.

Bei westlichen Regierungen herrschte in Sachen Iran so etwas wie ratlose Entschlossenheit. Ja, man müsse die Islamische Republik unbedingt hindern, eine Atombombe zu konstruieren, lautete der Konsens zwischen den Westeuropäern und den USA, aber einen Präventivkrieg wolle man vermeiden. Wie? Man müsse die Iraner durch harte Sanktionen zum Einlenken zwingen, sagten die Einen. Andere Politiker, auch unabhängige Experten, äusserten Zweifel zur Frage, ob Iran tatsächlich „die Bombe“ anstrebe. Und wiesen darauf hin, dass man mit Iran so bald wie möglich in einen echt konstruktiven Dialog treten müsse, wolle man nicht eine neue Eskalation in Nah- und Mittelost, letzten Endes einen Krieg mit unabsehbaren Folgen, vermeiden.

Aus der israelischen Perspektive reihte sich das Iran-Bedrohungs-Szenario ein in den regionalen Kontext: Israel fühlte sich ja schon seit der Staatsgründung im Jahr 1948 massiv und direkt von den Arabern bedroht. Mit Iran gab es, solange der Schah herrschte (also bis Ende 1978) gute Beziehungen, aber das änderte sich schlagartig nach der islamischen Revolution, der Schaffung der Islamischen Republik, dem System Khomeinis und der Herrschaft der schiitischen Rechtsgelehrten in Teheran. Bis 2010 hatte Israel in der näheren Umgebung wenigstens noch die Türkei als guten Partner – das gute Verhältnis zu Ankara endete aber abrupt (Folge des israelischen Gaza-Kriegs 2009 / 2010), und mit den „gemässigten“ arabischen Nachbarn (Jordanien, Ägypten) wurde ein vorher kalter Friede eiskalt im Zusammenhang mit der arabischen Revolution. In Kairo gewannen teils gemässigte (Muslimbrüder), teils radikale (Salafisten) Islamisten an Einfluss; in

Amman musste die Monarchie noch mehr Rücksicht als zuvor auf die von Islamisten mitgeprägte Grundstimmung nehmen. Dann kam der Bürgerkrieg im benachbarten Syrien, mit ungewissen Aussichten. Das Assad-Regime in Damaskus (früher Hafez al-Assad, danach dessen Sohn Bashar) war für Israel eine Art von geliebtem Feind: rhetorisch oft aggressiv, faktisch aber darauf bedacht, den Waffenstillstand aus dem Jahr 1974 (damals vermittelt durch den US-Politiker Henry Kissinger) nicht zu verletzen. Kein einziger Schuss fiel seither an der Grenze zwischen dem von Israel besetzten Golan-Gebiet und Syrien – obgleich die Führung Syriens immer wieder darauf hinwies, dass die Rückgewinnung des Golans ihr erstes aussenpolitisches Ziel sei. Als das Assad-Regime zu wanken begann, sorgte man sich in Israel über die Zukunft: Würde eine neue Führung in Damaskus sich ebenso verlässlich erweisen oder nicht? Müsste man mit Guerilla-Attacken rechnen? Keinen Gedanken verwandten die Politiker in Israel an die Idee, die Golan-Höhen an Syrien zurückzugeben. Man hatte den Golan längst annektiert und besiedelt, darüber sollte es keine Zweifel geben. Ebenso wenig wie über einen echten Rückzug aus dem Westjordanland oder aus Ost-Jerusalem (erobert im Jahr 1967, Jerusalem annektiert im Jahr 1980).

In Westeuropa war die Meinung vorherrschend, Israel sollte sich flexibel zeigen und echte Verhandlungen wenigstens mit den Palästinensern über eine so genannte Zweistaatenlösung aufnehmen – also einen unabhängigen Palästinenserstaat im Westjordanland und im Gazastreifen anstreben. Sehr zwiespältig waren die Haltungen der europäischen Politiker dann aber, wenn es um das Thema Jerusalem ging. Die Palästinenser beanspruchten den Ostteil als ihre künftige Hauptstadt, was durchaus dem entsprach, was die UNO zum Zeitpunkt der Schaffung Israels (1948) anvisiert hatte. Man hatte sich damals darauf verständigt, dass jegliche Lösung über den Status von Jerusalem einvernehmlich getroffen werden müsse. Das heisst, man billigte den Palästinensern die gleichen Ansprüche zu wie den Israeli. Nichts davon blieb in der internationalen Politik des Jahres 2012 erhalten: der Westen schwieg oder protestierte nur schwächlich, wenn Israel im Ostteil der Stadt Palästinenser aus ihren Häusern vertrieb und Grundstücke enteignete.

Die Geschichte hat zwei Geschichten: jene, welche Juden / Israeli anerkennen und verinnerlicht haben, und jene der Palästinenser.

Mehrheitlich mit jener der Palästinenser identisch ist jene der anderen Araber – mehrheitlich deckungsgleich mit jener der Israeli / der Juden ist die Geschichtsauffassung der Westeuropäer und der US-Amerikaner.

Zwei Sichtweisen auf die gleiche Geschichte – dem entsprechen zwei Sichtweisen hinsichtlich der gegenwärtigen Problematik und der Thematik Israel - Palästinenser / Araber und Iran. 1948 ist für Juden das Jahr der Staatsgründung Israels, für Palästinenser ist es das Jahr der „Nakba“, der Katastrophe. Denn damals verloren sie ihre Heimat.

Das prägt bis heute die Wertvorstellungen und die Politik: Israel wie eine Insel in der Welt des Nahen Ostens, umgeben von arabischen Nationen in Umbruchsituation, einige von ihnen auf sehr holprigem Weg zu ein wenig Demokratie, andere (Syrien, wohl auch Jemen) im internen Krieg. Wo immer in einem arabischen Revolutionsland Wahlen stattfanden, gewannen Islamisten mit grosser Minderheit oder sogar massiv – und wenn Islamisten, auch jene, die als gemässigt gelten, in den Parlamenten und den Regierungen mitmischen können, werden sie dafür sorgen, dass die Politik gegenüber Israel verhärtet wird.

Konkret:

- Ägypten hat nun eine islamistische Mehrheit, aber die Führung Ägyptens wird den Friedensvertrag aus dem Jahr 1979 auf dem Papier beibehalten – in kalter Form allerdings. Und dies auch nur, weil Kairo andernfalls die Milliarden Hilfgelder aus den USA nicht mehr bekäme. Man wird sich andererseits in Kairo darum bemühen, die Beziehungen mit der im Gazastreifen regierenden Hamas-Fraktion zu normalisieren – schliesslich war und ist Hamas ein Ableger, ein erweiterter Arm der in Ägypten erfolgreich gewählten Muslimbrüder. Das kann, wird wahrscheinlich, zu erhöhter Spannung mit der Regierung Israels führen – die ja Hamas isolieren möchte und die immer wieder Hamas-Funktionäre mit gezielten Attacken umbringen lässt. Mit der Begründung, Hamas arbeite an der Vernichtung Israels. Was die Hamas-Politiker so nicht wahrhaben wollen: sie sagen, Hamas sei lediglich nicht bereit, Israel als Staat anzuerkennen, weil Israel ja noch immer nicht seine eigenen Grenzen definiert habe und weil das palästinensische Volk ein Recht auf Widerstand besitze.

- Kalt wird der Frieden zwischen Israel und Jordanien weiter geführt – möglichst wenig Kontakte mit der Regierung in Jerusalem, ist die Devise in Amman, aber immerhin so viel, dass man sich gegenüber dem Geldgeber USA nicht als Gegner profiliert.
- Und eine Art Ruhe vor einem immer drohenden Sturm herrscht zwischen Israel und Libanon. Dort ist die schiitische Hizballah-Partei und –Miliz in der Regierung mitbestimmend, und Hizballah vertritt die Ansicht, Israel besetze noch immer Teile des südlichen Libanon.
- Wie sich die Dinge zwischen Israel und Syrien entwickeln werden, ist offen. Was Israel und die Palästinenser betrifft, so will das Ausland oft nicht begreifen: Israel sieht keinen zwingenden Grund, aufgrund der arabischen Revolution seine Politik zu ändern. Der Wirtschaft Israel geht's gut, abgesehen von einem Teil der Mittelschicht, die wegen der ständigen Steigerung der Mietpreise und der Kosten für Lebensmittel von Zeit zu Zeit auf die Strasse geht. Aber die Wirtschaft insgesamt hatte gute Wachstumsraten sogar während der globalen Krise von 2008 / 2009 und man hat kaum noch grössere Terroranschläge durch Palästinenser. Dies auch als Folge des Baus der Sperrmauer auf mehrheitlich palästinensischem Gebiet in Grenznähe. Israel baut weiterhin neue Siedlungen im besetzten Westjordanland, internationale Proteste hin oder her. Und Israel lässt weiterhin Häuser und Wohnungen von Palästinensern in Ost-Jerusalem enteignen oder sogar zerstören. Mindestens 250 000 Israeli leben nun in Siedlungen im besetzten Westjordanland, mehr als weitere 200 000 Israeli leben in Ost-Jerusalem, also ebenfalls auf palästinensischem Grund und Boden. Denn Israel annektierte, wie erwähnt, internationale Beschlüsse ignorierend, den Osten Jerusalems und dehnte danach die Grenzen Jerusalems bis weit ins palästinensische Umland hinein aus. Verdächtige Palästinenser werden von den israelischen Sicherheitskräften verhaftet und zu hunderten in so genannter Administrativhaft gehalten, d.h. man teilt ihnen den Grund der Festnahme nicht mit und gibt ihnen keine Möglichkeit für Rechtsschutz. Als Folge des Hungerstreiks von palästinensischen Häftlingen im Zeitraum April / Mai machte Israel zwar gewisse Zusagen, aber am Prinzip des Vorgehens ändern die Versprechen betreffend Hafterleichterung nichts Grundsätzliches.

Israels Regierung erklärt dazu: wenn die Palästinenser sich auf die Wiederaufnahme von Verhandlungen einlassen, dann können auch „alltägliche“ Fragen gelöst werden. Die Führung der Palästinenser im Westjordanland dagegen erklärt: ohne einen Stopp des Siedlungsneubaus kann es keine Verhandlungen geben.

Aber all das, was man seit Jahren als Verhandlungen bezeichnet, hat ohnehin keinerlei greifbare Resultate gebracht. Es waren Verhandlungen um ihrer selbst willen, Scheingefechte. Wenn's hoch kam, teilte die israelische Delegation nach dem Ende einer Sitzung mit, man habe einige Kontrollposten im besetzten Westjordanland aufgehoben. Und der

Bau von israelischen Siedlungen wurde weiter vorangetrieben, d.h. das potentiell den Palästinensern versprochene Land wurde und wird immer mehr zerstückelt.

Dass das Ansiedeln der eigenen Bevölkerung in einem besetzten Land krass im Widerspruch zum Völkerrecht steht, ist zwar allgemein bekannt – aber im Fall Israels und des Palästinensergebiets lassen es die westlichen Regierungen bei kurzen Unmuts-Äusserungen bewenden. An die haben sich die israelische Regierung und die rechtsgerichtete Siedlerbewegung längst gewöhnt.

So geht die Mehrheit der Israeli davon aus, dass das Thema Palästinenser zwar international, verbal, auf der Tagesordnung bleiben wird, aber dass es letzten Endes eine Diskussion im luftleeren Raum sei.

Schwieriger für Israel scheint Iran. Mit Iran hat man zwar keine gemeinsame Grenze (der westlichste Teil Irans liegt, getrennt durch Syrien und je einen Zipfel der Türkei und Iraks, rund 900 Kilometer entfernt), aber die moderne Waffentechnologie relativiert geografische Distanzen. Iranische Raketen könnten Israel erreichen, israelische Raketen und Kampfflugzeuge könnten umgekehrt auch Iran attackieren.

Immer wieder droht Israels Regierung mit einem Präventivschlag gegen die nuklearen Anlagen in Iran. Die Islamische Republik arbeite an der Entwicklung einer Atombombe, erklärt Israel, und wenn die Führung Teherans einmal die „Bombe“ habe, dann werde sie nicht zögern, diese Total-Vernichtungswaffe gegen Israel einzusetzen. Also habe Israel ein Recht auf zeitgerechte (also präventive) Abwehr. Und, so sagte Israels Premier Netanyahu, die Zeit zum Handeln sei dann da, wenn Iran genügend angereichertes Uran für den potentiellen Bau einer Bombe habe. Israel andererseits hat nicht nur längst eine Atombombe, sondern verfügt über 150 bis 200 atomare Sprengköpfe. Aber Israel ist, mit seinem kleinen Territorium, tatsächlich auch (theoretisch) verwundbar.

Was nährt aber wirklich die Feindschaft zwischen den beiden Ländern? Gewiss, weder Irans Staatspräsident Ahmadinejad noch andere Mächtige in Iran sind Freunde Israels. Fairerweise muss erwähnt werden: selbst der „Bösewicht“ Ahmadinejad hat noch nie mit einem Angriffskrieg gegen Israel gedroht. Was er tatsächlich sagte war, dass er „die Zeit für den Zionismus für abgelaufen“ betrachte, dass die „Zionisten keine Zukunft hätten“, dass es „besser wäre, Israel würde in diesen

Zeitläuften nicht da sein“. So die korrekte Übersetzung diverser Aussagen Ahmadinejads – die gerne etwas tendenziös übersetzt werden. Und die sich dann gut eignen, eine Drohkulisse von seiten Irans gegen Israel aufzubauen.

Nun gibt es innerhalb der komplexen, teils auch durch innere Rivalitäten gekennzeichneten Führung Irans gewiss aggressive Kräfte. Aber mehrheitlich taktiert das Regime, von alten Konservativen beherrscht, in den meisten Fragen bisweilen vorsichtig, dann wieder selbstbewusst. Das Thema Urananreicherung respektive Entwicklung der Atomtechnologie wurde zu einer Frage des nationalen Stolzes hochgepöppelt – mit so viel Erfolg, dass sogar die Gegner Ahmadinejads bei den Wahlen im Jahr 2009 erklärten, sie würden keine Änderung der Strategie anvisieren. Der oberste geistliche Führer andererseits erklärt immer wieder, Atomwaffen stellten einen Gegensatz zum „wahren Islam“ dar, also dürfe Iran gar nicht daran denken, solche Massenvernichtungswaffen zu entwickeln.

Inspektoren der IAEA stellen Widersprüche fest, aber selbst nach zehn Jahren der Diskussion und der (bisweilen von Iran abgeblockten) Kontrolle können sie nicht schlüssig erkennen, ob Iran tatsächlich an der Entwicklung von Atomwaffen arbeitet oder nicht. Die meisten Experten gehen davon aus, dass sich in den Führungsgremien in Teheran der Konsens herauszubilden scheint, dass man in der Technologie eine Schwelle erreichen möchte, von der aus im Notfall der Bau einer Atombombe in kurzer Zeit möglich wäre. Und Notfall bedeutet da offenkundig: wenn Iran durch Israel und / oder die USA angegriffen würde. Für diesen Eventualfall möchte man wohl gewappnet sein. Und Vieles spricht dafür, dass Iran das auch realisieren könnte. Die Nuklearanlagen werden immer tiefer verbunkert, total auslöschen könnte man sie wohl nicht. Und wären nur einige davon beschädigt, dann würde das Regime sich sehr wahrscheinlich dazu entschliessen, eben doch so schnell wie möglich die „Bombe“ zu erlangen.

Aber was ist es eigentlich, das zu den Spannungen zwischen Israel und Iran geführt hat, welches sind die wichtigen Themen?

- Iran unterstützt die Hizballah-Milizen (schiitisch wie Iran) in Libanon
- Iran half und hilft teilweise immer noch der Hamas im Gazastreifen

- Die Führung in Teheran vertritt die Meinung, Israel müsse zusammen mit den Palästinensern einen einheitlichen Staat bilden, was letzten Endes bedeuten würde: als selbständiger Staat sollte es kein Israel mehr geben, sondern nur als einen Staat von Juden und Palästinensern gemeinsam.
- Israel habe keinen Anspruch auf den Status einer Atommacht.
- Israel sei ein Aussenposten der USA in Nahost, letzten Endes ein koloniales Relikt.

Aus dem allen folgt, dass die Islamische Republik den Staat Israel nicht anerkennt. Israel andererseits verweigert der Islamischen Republik in Teheran ebenso klar die Anerkennung und behauptet darüber hinaus, die regierenden Ayatollahs wollten der ganzen Region ihr System aufstülpen. Und Iran scheue sich nicht, seine Ziele mit Terror zu realisieren. Und verweist in diesem Zusammenhang gern auf iranische Terrorakte im Ausland, auf Attentatsversuche gegen israelische Diplomaten im Jahr 2011 u.a. in Georgien und in Südostasien. Da kontern die Iraner: was ist, was war mit der Ermordung von vier iranischen Atomwissenschaftlern im Verlauf der letzten drei Jahre? Die Indizien weisen auf eine Beteiligung des israelischen Mossad hin. Und wer blockierte den iranischen Kernreaktor Busheer durch den Virus Stuxnet? Auch da gibt's Hinweise in Richtung Israel und der USA. Ähnlich ist die Sachlage bei den iranischen Installationen zur Anreicherung von Uran: auch die wurden mehrfach durch Computerviren beschädigt. Was dann beim Regime in Teheran zu Verdächtigungen sogar in Richtung westlicher Industrie-Unternehmen (wie Siemens) führte und zur Unterstellung, man liefere aus dem westlichen Ausland immer wieder Geräte nach Iran, welche selbst-zerstörende Bestandteile enthielten. Was davon war Realität, was Verschwörungstheorie?

Nun zeigen Israeli, auch die Medien und die Politiker Israels, immer wieder mit Entsetzen auf Irans Ahmadinejad, der den Holocaust geleugnet habe und der wohl gerne einen zweiten Holocaust anzetteln würde. Nun hat Ahmadinejad zwar verschiedene provokative und geschmacklose Äusserungen zum Holocaust, zum Massenmord an den Juden, gemacht, aber geleugnet hat er den Holocaust nie. Was er sagte war: wenn es einen Holocaust gegeben habe, weshalb hätten dann „die Länder des Holocaust“ (also die Europäer) die Probleme nicht auf ihren

eigenen Territorien gelöst? Warum hätten sie den Staat Israel im Nahen Osten und nicht in Europa selbst gegründet?

Was alles nicht heissen soll, die iranische Führung respektive Präsident Ahmadinejad (der im Jahr 2013 von der Politbühne verschwinden wird, weil er nicht ein drittes Mal kandidieren kann) bestehe aus vernünftigen Politikern, sei gar Israel-freundlich: Nein, man meint in Teheran, der Staat Israel hätte nie erschaffen werden sollen, aber man betont in den Kreisen der Herrschenden, wie erwähnt, auch immer wieder, dass Iran keinen Angriffskrieg führen wolle.

Insgesamt: Durch zwei voneinander unabhängige Entwicklungen (Iran einerseits, die arabische Welt andererseits) ist das regionale Umfeld für Israel spannungsgeladener geworden. Vor dem Beginn der arabischen Revolution konnte Israel sich darauf verlassen, dass Mubarak in Kairo, König Abdullah in Amman, Ben Ali in Tunesien im Einklang mit der US-Nahostpolitik eine zwar nicht direkt Israel-freundliche, aber auch keine Israel-feindliche Politik betreiben würden. Und dass das Assad-Regime in Syrien den status quo notgedrungen akzeptieren werde. Israel profitierte auch von der Spaltung bei den Palästinensern in die Fatah-Fraktion von Präsident Abbas und die Hamas-Gruppe im Gaza-Streifen. All diese Halb-Gewissheiten sind Vergangenheit. Die regionale Sicherheit hat sich auf jeden Fall nicht verbessert, im Gegenteil.

Nur wird das für Israel so lange ohne gravierende Konsequenzen bleiben, als Israel die USA als Schutzmacht hinter sich weiss. Die Vereinigten Staaten blocken jede Israel-kritische Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat durch ihr Veto ab; die USA unterstützen Israel mit Wirtschafts- und Militärhilfe; kein US-Politiker wird zum Präsidenten gewählt, wenn er nicht jederzeit seine bedingungslose Loyalität für Israel bekundet. Den Hintergrund dafür bietet übrigens nicht einfach die so genannte jüdische Lobby, sondern da ist auch die viel grössere Gruppe von christlichen Fundamentalisten zuständig: 40 bis, je nach Zählweise, 60 Millionen Menschen, die bedingungsloser als die rund 8 Millionen Juden der USA die Politik jeder Regierung Israels gutheissen. Und entscheidend sind für den Erfolg oder den Misserfolg eines Politikandidaten, sei es ein Präsident, ein Senator, ein Gouverneur oder ein Mitglied des Abgeordnetenhauses.



Daher wird sich im Spannungsfeld Israel / arabische Länder in nächster Zeit wenig ändern. Die einzige grosse Unwägbarkeit ist Iran. Was passiert, wenn Israel angreift?

Man mag die labile Stabilität zwischen Israel und der arabischen Welt, je nach Standpunkt, positiv oder problematisch finden. Die Frage bleibt offen, ob der sprichwörtliche Dampfkochtopf, je mehr Zeit vergeht, nicht doch einmal so stark unter Druck kommen wird, dass der Deckel durch eine gewaltige Explosion weggesprengt wird, ob es, mit anderen Worten, doch noch zu einem weiteren grossen Nahostkrieg kommen wird.

Zu den prinzipiellen Differenzen:

Iran beharrt auf dem Recht auf eine Weiterentwicklung seiner Nukleartechnologie zu friedlichen Zwecken. Die USA und Westeuropa unterstellen der Führung in Teheran, sie treibe all das nur deshalb voran, weil sie eine Atombombe konstruieren wolle. Und die Bombe stelle dann eine tödliche Bedrohung Israels dar.

Die Welt würde gewiss nicht sicherer, hätte Iran die Atombombe, lautet die Meinung in der internationalen Gemeinschaft (diese Auffassung teilen auch Russland und China). Die Fachleute vermuteten, Iran strebe zwar eine Schwelle der atomaren Technologie und Entwicklung an, die „notfalls“ rasch den Ausgangspunkt dazu bieten würde, eine Atombombe zu konstruieren. Notfall würde für die Iraner, wie erwähnt, heissen: wenn sie durch Israel oder durch die USA angegriffen würden.

In den Führungsetagen in Teheran dominierten in der Atomfrage bis 2012 noch die Pragmatiker – Politiker und Techniker, die abwägen wollten zwischen dem Nutzen einer atomaren Aufrüstung und den Vorteilen in Sachen Normalisierung der Beziehungen mit dem Westen. Die Hardliner (Propagandisten einer militärischen Atomaufrüstung) waren noch in der Minderheit. Generell war Iran bis weit hinauf in die Führungsgarde noch immer traumatisiert vom Krieg mit Irak (1980 bis 1988), der in Iran selbst mindestens 500 000 Tote und materielle Schäden in der Höhe von wahrscheinlich tausend Milliarden Dollar gekostet hatte. Die Bevölkerung Irans trauert noch immer intensiv um die jungen Männer, die in den Minen- und Schlachtfeldern starben.

Wenn das westliche Ausland, teils auch unterstützt von Russland, von der iranischen Regierung Garantien dafür forderte, dass sie wirklich nicht

auf die Entwicklung einer Atombombe zusteueren, konterte Iran, man habe schon alle vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags erfüllt und auch Inspektionen durch die Fachleute der Internationalen Atomenergie-Agentur zugelassen.

Das war teilweise korrekt. Allerdings hat Iran jenes Zusatzprotokoll nicht ratifiziert, das überall Inspektionen mit Voranmeldung von mindestens zwei, maximal 24 Stunden vorschreibt. Nur: dieses für eine effektive Kontrolle entscheidende Protokoll haben auch die USA, hat auch China nicht ratifiziert. Und drei Atommächte, nämlich Israel, Pakistan und Indien, sind nicht einmal dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten, müssen also selbst oberflächliche Kontrollen nicht erlauben. Und haben keine Konsequenzen von seiten der tonangebenden Westmächte zu befürchten.

Experten meinten: Will man mit Iran auf konstruktive Weise ins Gespräch kommen, darf man nicht nur fordern, sondern muss auch etwas anbieten. Was? Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen an erster Stelle. Eine entsprechende Zusage, einen „Deal“ dieser Art, gab es bis Ende 2012 nicht. Alles, was in den Atomgesprächen vorgebracht wurde, waren Kleinigkeiten – beispielsweise die Lieferung von Ersatzteilen für die wenigen noch in Iran verkehrenden, alten Passagierflugzeuge. Und die US-Regierung weigerte sich nach wie vor, das System der Islamischen Republik in Teheran als legitim anzuerkennen. Womit sie letzten Endes zum Ausdruck brachte: wir, die US-Amerikaner, halten uns die Option eines militärischen Regime-Wechsels offen. Aus iranischer Perspektive war das bedrohlich: schliesslich hatten die USA ja schon in den Nachbarländern Irak und Afghanistan die Regime durch Krieg ausgewechselt.

Anders verhielt sich die US-Administration übrigens gegenüber Nordkorea: als sich dessen Regime im Jahr 2006 zur Atombombe „bekannte“, erklärte US-Präsident George W. Bush umgehend, man werde alle hängigen bilateralen Probleme nie mit militärischer Gewalt, sondern lediglich durch Diplomatie lösen. Das kam einem Nicht-Angriffspakt gleich. Was zur Frage führte, ob Nordkorea ein verlässlicherer Partner sei als Iran.

Allerdings waren sich auch die Experten darüber einig: Iran muss, sollte es doch noch zu einer positiven Wende kommen, seine antiwestliche

Rhetorik beenden und klar stellen, welche seiner Anlagen wirklich keine militärischen Ziele haben.

Noch gab es Ungewissheit darüber, ob auch dies – im besten aller denkbaren Fälle – zur Entspannung führen könnte. Iran wollte als regionale Macht anerkannt werden, und dieser Anspruch führte zur direkten Rivalität mit Saudiarabien. Religiöse Differenzen spielten da eine gewisse Rolle (Schiiten in Iran, wahhabitische Sunniten in Saudiarabien). Aber diese Differenzen wurden oft politisch instrumentalisiert. Letzten Endes ging und geht es um wirtschaftliche Gegensätze und Einflusszonen, beispielsweise in Irak und in Afghanistan (und auch im kleinen Bahrein mit seiner schiitischen Mehrheit). Würde Iran als regionale Macht voll anerkannt, hätte es (aus der Perspektive Saudiarabiens) zu viel Einfluss auf den Ölpreis und die Förderquoten. Es könnte die Ölpreise mitbestimmen, und das wollen sowohl die Regierenden in Riad als auch in Washington verhindern. Auch aufgrund der Überlegung, dass sich das System der Islamischen Republik nie vollständig in eine von den USA und deren Partnern definierte Strategie einbinden lässt.

Saudiarabien ist, was die Energiepolitik betrifft, derzeit noch Führungsmacht. In einigen Jahren aber wird nicht nur die Ölfördermenge für das Gewicht eines Staates entscheidend sein, sondern auch dessen Industriepotential und dessen Bevölkerungsgrösse. Saudiarabien hat jetzt etwa 28 Millionen Einwohner, Iran 78 Millionen, also fast drei Mal mehr. So wird es, verhältnismässig, auch in etwa zehn Jahren sein: Iran 100 Millionen, Saudiarabien 30 Millionen. Und dem entsprechend wird, letzten Endes, das eine Land wichtiger sein als das andere. Kommt hinzu: die Menge an gefördertem Öl in Saudiarabien wird allmählich zurückgehen. Iran andererseits verfügt über gewaltige, noch nicht genutzte Reserven an Erdgas. Und Erdgas wird gegenüber dem Öl in den nächsten Jahrzehnten an Bedeutung gewinnen.

Die entscheidenden Fragen gegen Ende des Jahrs 2012 lauteten: werden sich die Länder des Nahen und des Mittleren Ostens in absehbarer Zukunft beruhigen, erwächst aus den arabischen Revolutionen eine neue Stabilität, kann Israel sich im veränderten Umfeld ohne weitere martialische Drohgebärden behaupten – und gelingt es doch noch, das so genannte Iran-Dossier zu entschärfen und mit der Führung in Teheran in einen konstruktiven Dialog zu kommen?

Eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen Iran dürfte die angestrebte Wirkung kaum erreichen. Iran kann sich bis zu einem gewissen Grad wirtschaftlich noch stärker als bisher auf China und andere Staaten in Ostasien ausrichten (sie alle sind interessiert an iranischem Öl und Erdgas), wird allerdings durch rigorose West-Sanktionen vor allem im Bankenwesen auch immer mehr eingeschnürt. Als Illusion dürfte sich erweisen, dass die Bevölkerung Irans sich wegen der Alltags-Nachteile (Folge der Sanktionen) vehement gegen das Regime wenden werde. Die „Mullahs“, d.h. die Repräsentanten der Islamischen Republik, sind beim Volk zwar nicht sehr beliebt, aber so unbeliebt, wie man das oft im Westen vermeint, sind sie eben auch nicht.

Gemäss Meinungsumfragen (die zuletzt allerdings noch im Jahr 2008 von unabhängiger Seite gemacht werden konnten) ist es immer noch eine Minderheit, welche sich eine Demokratie westlichen Zuschnitts herbei wünscht. Islamische Werte (darunter verstehen viele Menschen in Iran, auch in arabischen Ländern, vor allem soziale Gerechtigkeit) spielen eine aus westlicher Perspektive oft unterschätzte Rolle. Wahrscheinlich, aber da kommt man ins Spekulieren, fände eine Form von gemässigter islamischer Republik (wie in den neunziger Jahren von Präsident Chatami verkörpert) in Iran am meisten Zustimmung. Ob der Westen und ob Israel dann mit einem solchen Regime zu einem konstruktiven Dialog finden könnten? Eine offene, vorerst nicht beantwortbare Frage!

An dieser Stelle muss, will man die gegenwärtige Situation verstehen, der Rückblick in die Geschichte ansetzen.